

Polit-ökonomische Rahmenbedingungen der Tarifrunden 2013

2. Februar 2013

ergänzt am 13.2.2013, S. 9

Dieser Text besteht aus fünf Bausteinen.

Im ersten Teil werden Prognosen für die weltwirtschaftliche Entwicklung behandelt. Es stellt sich heraus, dass die Weltwirtschaft durch die Wachstumsdynamik der Schwellenländer getrieben wird, während die kapitalistischen Zentren schwächeln. Das größte Risiko stellt die Eurozone dar. Die Schwellenländer, v.a. China, werden zu Schwergewichten der Weltwirtschaft.

Der zweite Teil dreht sich um den Riss der durch die EU, insb. die Eurozone, bei Wirtschaftswachstum, Zahlungsbilanzen, Arbeitslosigkeit geht.

Der dritte Block befasst sich mit dem »Krisengewinner Deutschland« und der »Sonderrolle Deutschland«, sowie der Lohn- und Gewinnentwicklung in Deutschland.

Im vierten Baustein werden das Thema »Exportweltmeister«, der Zusammenhang von Austeritätspolitik in der Eurozone und Exportorientierung sowie die Mechanismen zur europaweiten Verallgemeinerung der deutschen Exportstrategie behandelt.

Im fünften Teil geht es um die unterschiedlichen Strategien von IG Metall und ver.di. Die IGM hat mit relativ hoher Organisationsmacht Krisenkorporatismus im Exportsektor betrieben und war für ihre Mitglieder bei den Kernbelegschaften relativ erfolgreich. Ver.di steht im Öffentlichen Dienst dem "Schuldenabbau" und im privaten Dienstleistungsbereich mit der Masse der prekär Beschäftigten mit geringer Organisationsmacht gegenüber. In der Folge werden unterschiedliche gewerkschaftliche Strategien entwickelt. Welche Herausforderungen entstehen daraus für eine linke, klassenorientierte Gewerkschaftspolitik?

Zwei Vorbemerkungen:

Da die Kampfbedingungen von Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung und v.a. deren Interpretation beeinflusst sind,

Bsp.: Wenn die Schuld an der Krise in Griechenland – die eine offensichtliche Tatsache ist – darin gesehen wird, dass „die Griechen über ihre Verhältnisse gelebt“ haben, dann ist die logische Schlussfolgerung nachvollziehbar: „Haltet Euch bei den Löhnen zurück, sonst geht es Euch wie den Griechen“.

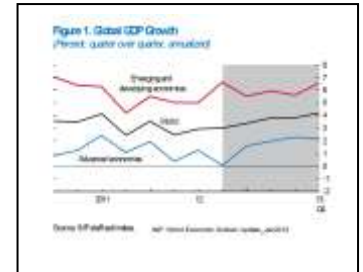
sollten wir uns mit den Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung befassen und diese interpretieren. Dabei ist aber immer zu beachten, dass es sich bei »Prognosen« um »Prognosen« handelt, und dass auch die Marxisten »10 der letzten drei Wirtschaftskrisen vorhergesagt haben“.

Zweite Vorbemerkung: Die Forderung nach höheren Löhnen kann nicht von der konjunkturellen Entwicklung abhängig gemacht werden, sondern hängt mit dem Anspruch auf ein höheres Lebensniveau und den erhöhten Anforderungen an die Reproduktion der Arbeitskraft zusammen. Der Kampf um höhere Löhne ist der Kampf zwischen Kapital und

Arbeit um den entsprechenden Anteil am gesellschaftlich geschaffenen Reichtum. Insofern kann das Argument der »Stärkung der Binnennachfrage« durch höhere Löhne nur ein nachgelagertes Hilfsargument sein, mit dem deutlich gemacht werden kann, dass das Interesse der arbeitenden Klasse nach höheren Löhnen gesamtgesellschaftlichen Interessen entspricht.

Wachstumsprognosen nach unten korrigiert

Der IWF hat in seiner jüngsten Veröffentlichung (World Economic Outlook Update¹, vom 32. Januar 2013) die Wachstumsprognosen für 2013 für die Weltwirtschaft leicht nach unten korrigiert, geht aber immer noch von einem Wachstum von 3,5% im Vergleich zu 3,2% in 2012 aus.



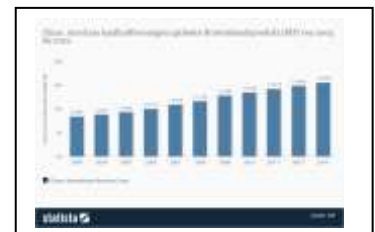
Die Weltbank erwartet nur ein Wachstum von 2,4% in 2013, berechnet aber auch für 2012 nur ein Wachstum von 2,3%, für die Euro-Zone sagt die Weltbank ein Schrumpfen des BIP von 0,1% voraus.²

Japan fällt in die Rezession, für die USA wird ein Wachstum von 2% erwartet.

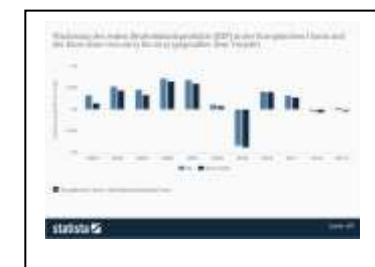
Das weltwirtschaftliche Wachstum wird im Wesentlichen von den Schwellenländern getragen: China 8,2%, Indien 5,9%, Brasilien 3,5% - im Durchschnitt 5,5% im Vergleich zu 5,1% im Jahr 2012. Das wirtschaftliche Gewicht der Schwellenländer wächst kontinuierlich zu Lasten der kapitalistischen Zentren.



Das rasant industrielle Wachstum führt zu wachsender Nachfrage nach Investitionsgütern und einem wachsenden Anteil der Schwellenländer am Welthandel. Dieser ist von 28,5% (1995) auf 41,2% (2010) angewachsen, allein der Anteil Chinas vervierfachte sich von 2,6 auf 10%.³



Das größte Problemzone ist die Euro-Zone. Sie stelle ein großes Risiko für einen weltweiten Abschwung und eine lang anhaltende Stagnation dar, meint der IWF. Anstelle eines Wachstums von 0,2% erwartet er für das Jahr 2013 nun ein Schrumpfen um 0,2%.



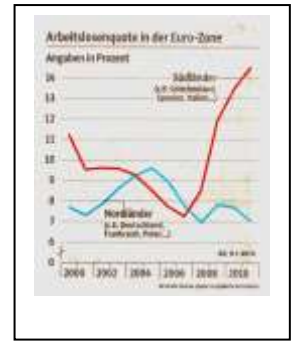
¹ <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/update/01/index.htm>
<http://www.imf.org/external/np/tr/2013/tr012313.htm>

² Global Economic Prospects, 15. Januar 2013
<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:23339963~menuPK:51062075~pagePK:34370~piPK:34424~theSitePK:4607,00.html>

³ World Economic Situation and Prospects 2012, UNCTAD,
http://www.unctad.org/en/Docs/wesp2012_en.pdf

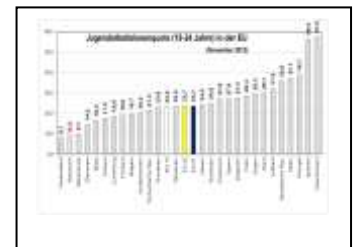
Bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigung tut sich eine wachsende Kluft zwischen dem Norden (Deutschland, Belgien, Österreich, Finnland, Niederlande und (noch) Frankreich) und dem Süden (Spanien, Griechenland, Zypern, Malta, Portugal, Slowenien, Slowakei – auch Irland wird dazu gezählt) auf.

Betrug die Differenz bei der Arbeitslosenquote im Jahr 2007, also vor der Krise, fast Null (Norden 7,8 %, Süden 7,2 %), so setzte im Verlauf der Krise eine völlig gegenläufige Entwicklung ein: Im Norden sank die Arbeitslosenquote bis Ende 2011 auf 7%, im Süden stieg sie steil an und ist inzwischen mit 14,5% mehr als doppelt so hoch.



In Spanien, Griechenland, Portugal, Italien hat die Arbeitslosigkeit Rekordhöhen von 25% und mehr erreicht.

Besonders hart trifft die Krise junge Menschen. Im November 2012 waren in der EU27 5,799 Millionen Personen im Alter unter 25 Jahren arbeitslos, davon 3,733 Millionen im Euroraum. Damit war fast jeder Vierte unter 25 Jahren ohne Arbeitsplatz; 23,7% in der EU27, 24,4% im Euro-Raum, in Griechenland und Spanien sind mehr als die Hälfte der Jugendlichen ohne Arbeitsplatz; in Italien sind es 37%.



Krisengewinner Deutschland

Zum Auseinanderdriften der Länder in Europa, für das zunehmende Sozialgefälle zwischen den Kernländern und dem Süden bzw. Osten führt auch, dass der Schulden-Notstand der Peripherieländer Ländern wie z.B. Deutschland, Österreich, Niederlande und Finnland durchaus zum Vorteil gerät.

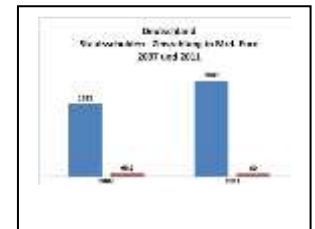
Beispiel Deutschland: „Der deutsche Staat hatte allein am ersten Griechenland-Programm fast 400 Millionen Euro verdient, indem er sich billig Geld borgte und es teuer an Griechenland weiterverlieh“, schreibt die SZ (14.11.12).

Die Finanznot der Südländer führte auch dazu, dass Deutschlands eigene Schulden von Jahr zu Jahr billiger wurden. Denn mit zunehmender Ausfallgefahr bei Staatsanleihen der Problem-Länder, flüchteten immer mehr Finanzinvestoren in die angeblich sicheren deutschen Staatsanleihen, mit der Folge, dass Zinsen und Renditen für Staatsanleihen im Süden nach oben katapultiert wurden, in Deutschland infolge des Nachfragebooms sanken und inzwischen auf historisch niedrigstem Stan angelangt sind.

Das hat für den gigantischen deutschen Schuldenberg, mit 2,1 Billionen Euro der höchste in ganz Europa, gewaltige Auswirkungen. Denn es ermöglicht dem Finanzminister und der Bundesschuldenverwaltung, die Staatsschulden schrittweise auf niedrigere Zinsen umzuschichten; d.h. jede auslaufende Tranche kann durch eine zinsgünstigere refinanziert werden.

Dieser Umschuldungsprozess sparte dem deutschen Staat zig Milliarden an Zinsen. So zahlten die deutschen Staatsschuldner (Bund, Länder, Kommunen) vor der Krise im Jahr 2007 für

1.582 Milliarden Gesamtschulden insgesamt 66,2 Milliarden Euro an Zinsen, was einer durchschnittlichen Verzinsung von 4,18% entspricht. 2011 war die Staatsschuld auf 2.089 Milliarden Euro angewachsen; dafür aber waren nur noch 60,0 Milliarden Euro Zinsen zu berappen (= 2,87 % durchschnittliche Verzinsung).

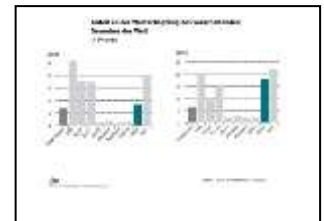


Mit anderen Worten: Für eine um ein Drittel höhere Staatsschuld (+ 32,0%) mussten fast zehn Prozent (9,4 %) weniger Zinsen bezahlt werden.¹⁰

Diese Zinsdifferenz nutzen auch in Deutschland angesiedelte Konzerne. Sie profitieren von den niedrigen Zinsen und da die meisten sogar eine eigene Bank haben, können sie sich bei der EZB mit Krediten zum Niedrigzins von 1% versorgen. Siemens hat z.B. Schulden von knapp 3 Mrd. Euro aufgenommen, um Aktien zurückzukaufen. Für die zurückgekauften Aktien müssen keine Dividende mehr bezahlt werden, der Aktienwert steigt. Rund 100 Millionen fließen dadurch jährlich in die Gewinnrechnung ein.

Die »Sonderrolle« Deutschland zeigt sich auch im industriellen Sektor.

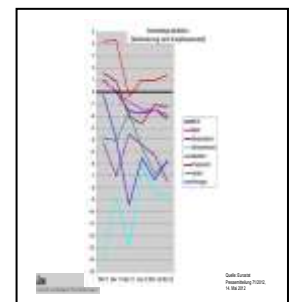
Im Unterschied zu den anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern, die Anteile an der globalen Industrieproduktion an die aufstrebenden Schwellenländer, v.a. China¹¹, verloren haben, konnte Deutschland seinen Anteil aufrechterhalten.



Vom globalen Wachstum der Industrie von 50 Prozent im Zeitraum 2000 – 2009 profitierte der »Standort Deutschland« damit weit stärker als die USA, Japan und andere Industrienationen in Westeuropa.

Während die anderen Industrieländer von einem De-Industrialisierungsprozess betroffen sind, hat in Deutschland die industrielle Produktion an Bedeutung gewonnen.

Entgegen der Entwicklung der Euro-Zone, in der die Industrieproduktion im Jahresvergleich vom März 2012 zum März 2011 um 2,2 Prozent (EU27: -1,9%) gesunken ist - in Griechenland um -8,5%, Spanien - 7,5%, Italien -5,8% -, ist sie in Deutschland um 1,4 Prozent gewachsen¹². In Italien ist die Industrieproduktion von 2008 zu 2012 um 20% eingebrochen.



¹⁰ detaillierter bei www.isw-muenchen.de/download/krisenprofiteur-fs-20121127.pdf

¹¹ DIW Wochenbericht Nr10, 2012: „Die auffälligste Tendenz ist dabei der Bedeutungsgewinn der chinesischen Industrie. Sie konnte ihre reale Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe von 2000 bis 2009 mehr als verdoppeln. Nominal stieg sie bis ins Jahr 2009 sogar um mehr als 200 Prozent. In der Folge des überdurchschnittlichen Wachstums nahm der Anteil der chinesischen Industrie an der weltweiten Wertschöpfung im Untersuchungszeitraum stark zu. Im Jahr 2000 entfielen rund acht Prozent der industriellen Wertschöpfung auf China. Am Ende der Dekade entstand dagegen bereits fast ein Fünftel der globalen Industriewertschöpfung in China.“

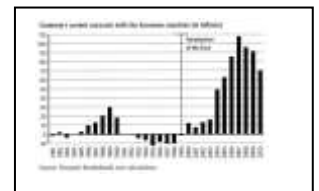
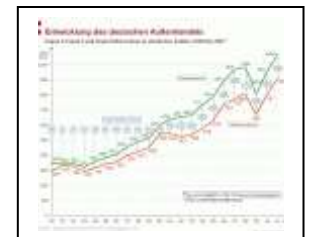
¹² Eurostat Pressemitteilung, 71/2012 - 14. Mai 2012

In Deutschland war der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung mit 26,2% im Jahr 2011 so hoch wie seit Jahren nicht mehr.¹³

Parallel dazu steigt der Export auf immer neue Rekordwerte. In Deutschland liegt die Exportquote (Güter und Dienstleistungen) gemessen an der Wirtschaftsleistung inzwischen bei rund 50 Prozent; in Großbritannien, Frankreich, Italien bei 30% bzw. darunter, in Japan und den USA um die 15%.



Die in Deutschland produzierenden Unternehmen haben die europäischen Nachbarländer mit einer Exportwalze überrollt. Deutschland erwirtschaftet Jahr für Jahr Exportüberschüsse mit der Folge: Handelsüberschüsse bei Deutschland und zwei, drei anderen Ländern der Europäischen Union, Handelsdefizite und Schulden bei der großen Mehrheit. Die Kluft in Europa und in der Welt wird immer größer - zwischen Arm und Reich, zwischen den hoch produktiven Regionen und den Regionen mit niedriger Produktivität.



Deutschland konnte sich aus der Krise herausexportieren und gehört innerhalb der EU zu den Krisengewinnern, was die Wahrnehmung der Krise hierzulande bei der arbeitenden Klasse natürlich beeinflusst.

„Im Grunde genommen“, bedeute dies aber, schreibt die UNCTAD, dass die „Arbeitslosigkeit in den Rest der Welt exportiert“ wird¹⁴.

Ungleichgewicht - Ursache der Krise?

„Der weltwirtschaftliche Einbruch 2009 hatte seine tieferen Ursachen in europäischen wie weltweiten wirtschaftlichen Ungleichgewichten, die sich über einen längeren Zeitraum herausgebildet hatten.“ (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2012, S. 60)

Liegt darin wirklich die Ursache der Krise? Nein. Diese Ungleichgewichte sind nur ein Ausdruck der Krise.

¹³ Das Statistische Bundesamt: „Im Jahr 2011 erwirtschaftete das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) 26,2 % der Bruttowertschöpfung der deutschen Wirtschaft. Insbesondere getragen von der lebhaften Auslandsnachfrage und der Nachfrage nach Investitionsgütern stieg der Anteil des Produzierenden Gewerbes gegenüber den Jahren 2009 (23,3 %) und 2010 (25,3 %) an. Er lag im Jahr 2011 auch über dem Mittelwert für die Jahre 2000 bis 2010 (25,1 %).“

https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/11/PD12_381_811.html

¹⁴ „And the depreciation of the euro in the first half of 2010 essentially means exporting unemployment to the rest of the world.“ (UNCTAD-Trade and Development Report-2010-overview.pdf)

Die Ursache liegt darin, dass kaum noch in neue Produktionsverfahren investiert wird, sondern nur in neue Produkte, die auf höchstem Produktivitätsniveau hergestellt werden, dass sich die alten Wachstumsfelder erschöpfen und keine neuen eröffnet werden, dass somit die Investitionen nicht mit den steigenden Gewinnen Schritt halten, und dass auf globaler Ebene die Produktionsmöglichkeiten die globale Nachfrage übersteigen. Mit der Globalisierung, der neoliberalen Umwälzung und Exportorientierung wurde versucht dieses auf den nationalen Märkten nicht mehr zu lösende Problem zu überwinden. Jetzt kehrt es auf globaler Ebene zurück. Die wachsenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte sind nur Ausdruck dieser Tatsache, aber nicht die Ursache.

Das Geheimnis des „deutschen Wunders“

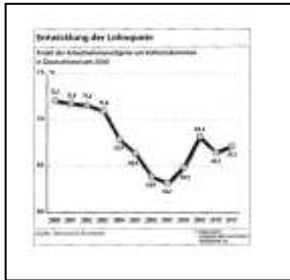
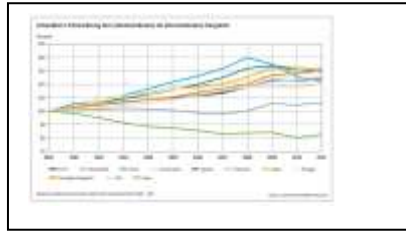
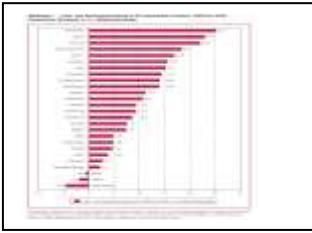
Das Geheimnis dieses „deutschen Wunders“ - dem nach den Vorstellungen von Bundesregierung und EU-Kommission alle nacheifern sollen - liegt

1. in der starken industriellen Basis und dem hohen technologischen Standard¹⁵: Dadurch profitierte die deutsche Industrie weit stärker vom Boom der Schwellenländer als jedes andere Land. Denn diese fragten vor allem Investitionsgüter für den Aufbau ihrer Ökonomien und den Ausbau ihrer Infrastruktur nach. Aber auch aus den kapitalistischen Industrieländern gab es nach der Krise 2008/09 einen Nachholbedarf an Investitionsgütern.
2. in gut qualifizierten, relativ billigen und flexibel einsetzbaren Arbeitskräften. Im Bericht "Global Wage Report 2010/2011" kritisierte die Internationale Organisation für Arbeit ILO, dass Deutschland eine Exportstrategie verfolgt, die auf Niedriglöhnen basiert. Anfang Dezember 2010 hatte das Statistische Bundesamt aufgezeigt, dass nirgendwo in der Europäischen Union die Löhne und die sog. "Arbeitskosten" so langsam steigen wie hierzulande.

Vor diesem Hintergrund erscheint es etwas paradox, dass gerade in den exportorientierten Industrien die Tariflöhne im Zeitraum 2000 – 2010 am stärksten gestiegen sind. Allerdings lagen sie deutlich unter dem verteilungsneutralen Spielraum von Produktivitäts- und Preissteigerung. Dazu kommen zahlreiche ergänzende Tarifregelungen, mit denen vom Flächentarif abgewichen wird, so dass die tatsächlichen Lohnerhöhungen weit unter den tariflichen lagen.

¹⁵ GE Global Innovation Barometer 2013: die in D entwickelnden und produzierenden Konzerne haben mit Abstand das größte Forschungsbudget in Europa. Deutschland liegt nach den USA und vor China als dem innovativsten Land. Deutschland liegt hinter USA und Japan an dritter Stelle bei der Patentanmeldung beim Europäischen Patentamt.
files.publicaffairs.geblogs.com/files/2013/01/GE_GIB_2013_Report1.pdf (SZ, 18.1.2013; nach n en

Grafiken zur Lohnentwicklung



Anmerkung: Der Anstieg der Lohnquote ist nicht auf höhere Lohnzahlung für die einzelnen Beschäftigten zurückzuführen, sondern beruht sehr stark auf der Zunahme der Beschäftigtenzahl. Wird die Lohnquote um den Einfluss der Veränderung der Beschäftigtenzahl bereinigt (strukturbereinigte Lohnquote), dann ergibt sich, dass die Lohnquote im Jahr 2011 nicht um 4,9%, sondern um 6,9% unter dem Stand des Jahre 2000 liegt.

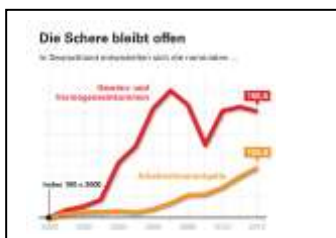
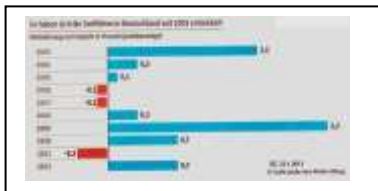
Jahr	Arbeitslosenquote (%)	Veränderung (%)	Veränderung (Mrd. Euro)	Veränderung (Mrd. Euro)
2000	10,0	-	-	-
2001	10,2	+0,2	+1,0	+1,0
2002	10,4	+0,2	+1,0	+1,0
2003	10,6	+0,2	+1,0	+1,0
2004	10,8	+0,2	+1,0	+1,0
2005	11,0	+0,2	+1,0	+1,0
2006	11,2	+0,2	+1,0	+1,0
2007	11,4	+0,2	+1,0	+1,0
2008	11,6	+0,2	+1,0	+1,0
2009	11,8	+0,2	+1,0	+1,0
2010	12,0	+0,2	+1,0	+1,0
2011	12,2	+0,2	+1,0	+1,0

Dieser Rückgang der Lohnquote bedeutet für die Beschäftigten einen gravierenden Verteilungsverlust.

Über die Jahre 2000 -2011 summiert sich diese Umverteilung von der arbeitenden Klasse zugunsten des Kapitals und der Reichen auf 919,8 Mrd. Euro.¹⁶

(z.Vgl.: der Bundeshaushalt 2011 hatte einen Umfang von 305,8 Mrd.

Euro)

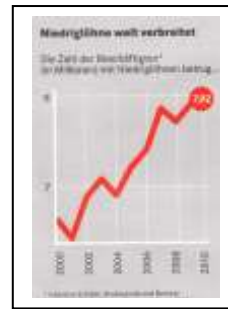


Das WSI weist in einer Mitteilung vom 12.2.2013 auf die Negativdrift zwischen Tariflöhnen und realen Bruttolöhnen hin.¹⁷

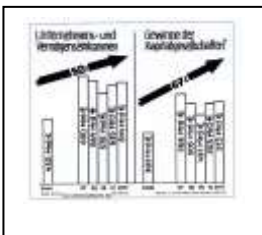
Als Ursache benennt das WSI die Hartz-Reformen, den wachsenden Niedriglohnsektor, sinkende Tarifbindung und tarifliche Öffnungsklauseln für Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

¹⁶ siehe isw Wirtschaftsinfo 46, Bilanz 2011 – Ausblick 2012, S. 24

¹⁷ http://www.boeckler.de/14_42170.htm



Gewinne



Genauere Zahlen sind noch nicht am Markt. Aber das Handelsblatt schrieb: „*Vielen Firmen winken 2012 Rekordgewinne*“ (HB, 5.11.12). Im ersten Halbjahr lagen die operativen Gewinne um ein Prozent über dem Vorjahr.

Für 2012 zeichnet sich ein Gesamt-Nettogewinn bei den DAX-Konzernen von rund 70 Milliarden Euro ab. Fünf Prozent weniger als im Rekordjahr 2007 (ebenda).

„Die vielen Spar- und Restrukturierungsprogramme legen den Grundstein dafür, dass die Unternehmenszahlen ab dem kommenden Jahr wieder besser werden dürften“, urteilen die Analysten der DZ-Bank. „Kommt es so, dürften die 30 DAX-Konzerne im nächsten Jahr – also 2013 – so viel verdienen wie noch nie – trotz der Krise in Euro-Land“ (HB, 5.11.12).

„Aktionäre können 2013 mit Rekorddividenden rechnen“

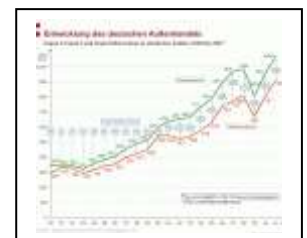
(FAS, 13.1.13)

„Aktionäre können 2013 mit Rekorddividenden rechnen“ (FAS, 13.1.13). Nach der Prognose der Commerzbank schütten die DAX-Konzerne mit 28,4 Milliarden die höchste Dividende aller Zeiten aus.

„Hurra, wir sind Export-Weltmeister!“ Dabei sind wir nur eines: Sklaven!“¹⁸

Deutschland ist 2012 beim Exportüberschuss wohl wieder „Exportweltmeister“ geworden und führte zum ersten Mal seit einem Vierteljahrhundert sogar mehr Güter nach China aus als es von dort einfuhrte.

Das Ifo-Institut in München berechnete vorläufig, dass der Überschuss größer ausfallen wird als in jedem anderen Land. Bei einer Ausfuhr von 1097 Mrd. Euro steigt der Überschuss auf 171 Milliarden Euro (Vorjahr: 158 Mrd. Euro). Der Überschuss von China steigt lediglich auf 165 Milliarden Euro.¹⁹



¹⁸ Maria Lourdes - 19/12/2012 - <http://lupocattivoblog.com/2012/12/19/hurra-wir-sind-export-weltmeister-dabei-sind-wir-nur-eines-sklaven/>

Der Chefvolkswirt der UN-Organisation für Welthandel und Entwicklung UNCTAD, Heiner Flassbeck, kritisierte Deutschland: „Besonders tragisch ist, dass Berlin das noch immer als Erfolg feiert – dabei ist höchst ungewiss, ob das Ausland seine Schulden überhaupt zurückzahlen kann.“ Flassbeck fügte hinzu: „Deutschland schießt sich mit seinem Geschäftsmodell ins eigene Bein.“

Neue Ziele für den Export

Im Zusammenhang mit der Eurokrise und der Wachstumsschwäche in Europa sinkt in den letzten fünf Jahren der Anteil der deutschen Ausfuhren in die EU-Länder kontinuierlich ab - von 64,6 % (2007) auf 59,2 % (2011); den niedrigsten Stand seit 20 Jahren.²⁰

Wachsendes Gewicht für den Export aus Deutschland erhalten die BRIC-Staaten (Brasilien, Russische Föderation, Indien, China), insbesondere China. Im Jahr 2007 lieferten Unternehmen aus Deutschland 3,1% ihrer Exporte dorthin, im Jahr 2011 lag der Anteil bei 6,1%. Für die Auto- und die Maschinenbauer in Deutschland ist China inzwischen der wichtigste Exportmarkt.

Auf diese Weise wird die deutsche Exportmaschinerie am Laufen gehalten, auch wenn Schulden, Sparprogramme und Arbeitslosigkeit bei unseren europäischen Nachbarn die Nachfrage abwürgen.

Austeritätspolitik und Exportorientierung

Und so lässt sich auch erklären, warum Bundesbank und Bundesregierung, unterstützt von BDI und dem französischen und italienischem Arbeitgeberverband sowie der EU-Kommission und den meisten Regierungen der EU-Mitgliedsländer, diese Sparpolitik fortsetzen, obwohl dadurch Europas Wirtschaft in die Rezession und Stagnation getrieben wird.

(Es gibt natürlich auch noch das Interessen der Finanzinvestoren an der Austeritätspolitik.²¹)

Für Unternehmen die ihre Zukunft auf den Märkten Chinas, Indiens, Brasiliens oder Russland sehen, fällt ein Markt wie Griechenland kaum ins Gewicht. Viel wichtiger ist die internationale Rolle des Euro, also die Frage, inwieweit der Euro auch außerhalb der Eurozone als Zahlungsmittel und Reservewährung akzeptiert wird. Die auf den Weltmarkt orientierten Unternehmen in den Ländern der Eurozone profitieren davon, wenn der Euro als „Weltgeld“ akzeptiert ist und sie verlangen können, dass in Euro gezahlt wird. Sie sind dann keinem Währungsrisiko ausgesetzt. Voraussetzung ist die Wertstabilität des Euro, die mit der Austeritätspolitik verteidigt wird.

Wenn Bundeskanzlerin Merkel und die deutsche Regierung mit ihrer Austeritätspolitik als „Zuchtmeister Europas“ zur Verteidigung der Stabilität des Euro auftreten und den Regierungen Griechenlands, Spaniens, .. Ratschläge erteilen, dann vertreten sie damit nicht nur die Interessen des „deutschen“ Kapitals, sondern auch das Klasseninteresse des in Deutschland



¹⁹ Quelle: http://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/deutschlands-aussenhandelsueberschuss-bundesrepublik-ueberholt-exportweltmeister-china_aid_798784.html

²⁰ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 170, 16.05.2012

²¹ „Wer hat ein Interesse an der Sparpolitik?“, www.isw-muenchen.de/download/sparpolitik-lm-20121105.pdf

eingelagerten transnationalen Kapitals und der dominanten Kapitalfraktionen in anderen Ländern der Eurozone.

Apropos »Deutsches Kapital«: in der Gruppe der entwickelten kapitalistischen Länder ist Deutschland nach den USA auch in der Krise Ziel ausländischer Direktinvestitionen. Der Finanzinvestor Blackrock ist an nahezu allen 30 DAX-Konzernen beteiligt, bei der Deutschen Bank größter Anteilseigner, bei Siemens zweitgrößter.

Konkurrenzfähigkeit gegenüber den BRIC-Ländern

So zielt die Austeritätspolitik nicht nur darauf, die Staatsausgaben zu senken oder die Steuereinnahmen durch Abgaben der unteren sozialen Klassen zu erhöhen.

Es geht darum, das Lohnniveau auch im privaten Sektor abzusenken, die Arbeitszeit zu verlängern, also die Ausbeutung der Arbeitskraft insgesamt zu erhöhen. Bestandteil aller „Sparprogramme“ ist die Senkung der Löhne, die Erleichterung von Entlassungen sowie die Flexibilisierung der Arbeitskraft (so ist z.B. in den Vereinbarungen der Troika mit Griechenland festgelegt, dass auch im privaten Sektor die Löhne gesenkt werden, Tarifverträge wurden für ungültig erklärt, Verhandlungen über Lohnerhöhungen sind erst zulässig wenn die Arbeitslosenquote auf unter 15% gesunken ist. Mit dem jüngsten »Memoranden« wurde die Wochenarbeitszeit auf 6 Tage ausgedehnt und die Abfindungen bei Entlassungen werden halbiert.).

Obwohl in Spanien, das eine Gesamtverschuldung von 400% des BIP verzeichnet, nur 60% auf die öffentliche Hand entfallen und sich diese noch dazu zu mehr als die Hälfte national refinanziert, wird die Staatsverschuldung als Argument für Sparprogramme und den Abbau von Arbeiterrechten (Erleichterung von Entlassungen, Aushebelung kollektiver Tarifverträge, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, ..) genommen.

Die Austeritätspolitik löst die Krise nicht, aber sie ermöglicht die Durchsetzung von alten Forderungen der Kapitaleseite, die bisher nicht durchsetzbar waren. Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) schreibt in seinem Memorandum vom Sept. 2011 zur Euro-Rettung: Die Schuldenkrise müsse als „Chance“ begriffen werden, jetzt *„langfristig notwendige Weichenstellungen endlich anzupacken“*.

Die Austeritätspolitik dient nicht nur der Bankenrettung (die könnte auch erfolgen, indem die EZB den Banken ihre Staatsanleihen abkauft), sie dient vor allem dem industriellen Kapital, insbesondere dem exportorientierten Industriekapital, dessen Profitabilität und Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Schwellenländern auf diesem Wege erhöht wird.

Die Arbeitskosten in Europa sollen so weit abgesenkt werden, dass Europa als Produktionsstandort konkurrenzfähig gegenüber den Schwellenländern China, Indien, Brasilien, .. bleibt.

Merkel in ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament²² im November 2012: *„Jetzt ist es an uns, die skeptische Sicht auf Europa wieder zu ändern und im globalen Wettstreit aufzuholen – durch harte Arbeit im Innern. .. Alle Mitgliedstaaten müssen Reformen,*

²² <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2012/11/2012-11-07-merkel-eu.html>

Strukturanpassungen und harte Konsolidierungsmaßnahmen für mehr Wettbewerbsfähigkeit durchführen, ..

Doch ich kann ihnen in dieser für sie schweren Zeit auch eine gute Nachricht geben: Die Reformen zeigen erste Erfolge. Die Mühe ist nicht umsonst. Sie lohnt sich. In Irland, Portugal und Spanien, aber auch in Griechenland sind die Lohnstückkosten spürbar gesunken. Das ist ein wichtiger Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit. Auch die Defizite in den Leistungsbilanzen gehen zurück."

Merkel in ihrer Rede bei der Alfred-Herrhausen-Gesellschaft (Deutsche Bank) zum Thema "Wie wollen wir leben" am 28.9.12:²³ „Wir stellen fest .., dass wir in der EU noch etwa sieben bis acht Prozent der Weltbevölkerung stellen. .. Wir schaffen mit diesen sieben bis acht Prozent der Weltbevölkerung noch etwa 25% des Bruttoinlandsprodukts der Welt, wir haben aber auch rund 50 Prozent der Sozialausgaben der Welt - 7 bis 8 Prozent der Menschen haben 50 Prozent der Sozialausgaben".

Europäisches Semester

Obwohl die extreme Exportorientierung der bundesdeutschen Wirtschaft Europa spaltet, ist auch EU-Handelskommissar De Gucht der Meinung: „Deutschland macht, was alle Länder der Europäischen Union machen sollten: mehr exportieren“.

Mehr exportieren, höhere Konkurrenzfähigkeit – diese Linie wird in der gesamten EU durchgesetzt.

Ende Januar hat im Europäischen Parlament die Debatte um den »Jahreswachstumsbericht 2013«²⁴ der EU-Kommission begonnen.

Der Jahreswachstumsbericht läutet den Zyklus des »Europäischen Semesters« ein. Mit der wirtschaftspolitischen Koordinierung soll sichergestellt werden, dass die Mitgliedstaaten ihre Haushalts- und Wirtschaftsprogramme mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und der



23 „Wir stellen fest - zum Beispiel, wenn wir heute in Europa über die Staatsschuldenkrise sprechen, dass wir in der EU noch etwa sieben bis acht Prozent der Weltbevölkerung stellen. Als Konrad Adenauer Bundeskanzler war, waren es noch rund 20 Prozent. Wir schaffen mit diesen sieben bis acht Prozent der Weltbevölkerung noch etwa 25% des Bruttoinlandsprodukts der Welt, wir haben aber auch rund 50 Prozent der Sozialausgaben der Welt - 7 bis 8 Prozent der Menschen haben 50 Prozent der Sozialausgaben".

"Wir können noch so schöne Ideen haben, wir können uns noch so viel darüber unterhalten, ob wir in Zukunft mehr qualitatives oder mehr quantitatives Wachstum haben wollen, aber das alles wird uns nichts nützen, wenn wir letztlich nicht mehr wettbewerbsfähig sind mit Blick auf die Länder, die jetzt sehr hohe Wachstumsraten haben".

..."Deshalb sind eben die Arbeitskosten oder die Lohnstückkosten nicht irgendeine böse Größe, mit der man andere Länder zu traktieren versucht, sondern deshalb ist die Frage, ob wir diesbezüglich wettbewerbsfähig sind, von entscheidender Bedeutung, ob wir Wachstum haben werden".

Vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos sagte Merkel am 24.1.13: "Die Wettbewerbsfähigkeit ist das zentrale Thema für die Zukunft". Sie schlug einen "Pakt für mehr Wettbewerbsfähigkeit" vor, innerhalb dessen die Nationalstaaten mit der EU-Kommission Verträge schließen sollten, in denen diese sich verpflichten, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. "Die nationalen Parlamente müssen solche Verträge legitimieren".

²⁴ http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1274_de.htm

Strategie Europa 2020 abstimmen.

Zu den Prioritäten erklärte José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission: *„Es ist wichtig, dass wir an unserer Strategie einer wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung, wirtschaftlicher Reformen und gezielter Investitionen festhalten. ... Ich weiß, dass diese Reformen schwierig und schmerzhaft sind und möglicherweise nicht ohne Folgen für die Gesellschaft bleiben.“*

In den kommenden Wochen und Monaten wird im EP und in den Fachministertreffen dieser Jahreswachstumsbericht erörtert. Im März wird der Europäische Rat (die Regierungschefs) die entsprechenden politischen Leitlinien für die Mitgliedstaaten beschließen. Diese Leitlinien sollen in die Haushalts- und Wirtschaftsprogramme der Mitgliedstaaten übernommen werden.

Die Kommission wird mit Blick auf die Prioritäten des Jahreswachstumsberichts im Mai länderspezifische Empfehlungen abgeben, die dann vom Europäischen Rat im Juni bestätigt werden sollen. Die Mitgliedstaaten sind gehalten, ihre Haushaltspolitik und ihre Gesetzgebung in den betroffenen Bereichen daran ausrichten.

Um für eine wirksame Durchsetzung zu sorgen, können den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsraums finanzielle Sanktionen auferlegt werden, wenn sie zu weit von den Vorgaben abweichen.

Das Ganze nennt sich »Europäisches Semester«.

Teil des »Europäischen Semesters« ist der »Warnmechanismus-Bericht«, der mit dem sogenannten „Sixpack“-Gesetzespaket eingeführt wurde, das am 13. Dezember 2011 in Kraft trat.

Im aktuellen Bericht²⁵ werden 14 EU-Mitgliedstaaten angeprangert, die zum Auf- oder Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte beigetragen haben. Dabei handelt es sich um Belgien, Bulgarien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Ungarn, Malta, die Niederlande, Slowenien, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

Interessanterweise ist Deutschland nicht dabei. Deutschland ist deshalb nicht dabei, weil das Exportmodell Deutschland die Orientierung für die geforderten Anpassungen vorgibt.

In diesem Bericht wird behauptet, *„dass die Korrektur der makroökonomischen Ungleichgewichte erfolgreich verläuft: In den Ländern mit den größten außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten verringern sich die Leistungsbilanzdefizite - eine Entwicklung, die durch die schrittweise Verbesserung der Exportleistung und der Wettbewerbsfähigkeit unterstützt wird. ... Jedoch ist der Korrekturprozess, der langfristig für ein nachhaltiges Wachstum unverzichtbar ist, noch lange nicht abgeschlossen. Auf kurze Sicht wird er in mehreren Ländern weiterhin zulasten von Wachstum und Beschäftigung gehen.“*

Die 14 Mitgliedstaaten, die die Kommission einer eingehenden Prüfung unterziehen wird, sind mit unterschiedlichen Herausforderungen und potenziellen Risiken konfrontiert. Bei 12 von ihnen wurde bereits im MIP 2012 eine eingehende Prüfung durchgeführt, wobei unterschiedlich geartete und schwere Ungleichgewichte festgestellt wurden. Für diese

²⁵ http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1275_de.htm

Mitgliedstaaten wurden im Rahmen des Europäischen Semesters im Mai länderspezifische Empfehlungen abgegeben."

Nicht überraschend: In allen Ländern werden Maßnahmen vorgeschlagen, um die »fehlende internationale Konkurrenzfähigkeit« zu überwinden.

Für die vor uns liegenden Auseinandersetzungen und gerade für die Tarifrunden bedeutet dies:

- Der Wettlauf um die besten Bedingungen für das Kapital und die internationale Konkurrenzfähigkeit – und damit die Standortkonkurrenz - wird international organisiert weitergehen.
- Maßstab sind die Arbeitskosten in den BRIC-Ländern, v.a. China,
- zu erwarten ist, dass die nächste Runde der „Sparprogramme“ wieder in Deutschland stattfinden wird; dem Land, in dem mit der Agenda 2010 dieser Wettlauf um die besten Standortbedingungen für die Unternehmen losgetreten worden war.

Deutsche Gewerkschaften

IG Metall – zwischen Wettbewerbskorporatismus und Kapitalismuskritik



Die IGM war in der Krise für ihre Mitglieder relativ erfolgreich. Bei den Kernbelegschaften – der Basis der IGM – konnten Kündigungen vermieden werden. Die IGM unterstützte mit Abwrackprämie und Kurzarbeit die Exportstrategie der Metallindustrie und förderte die üblichen Instrumente der betrieblichen Krisenbewältigung: Abbau von LeiharbeiterInnen, Werksverträgen und Arbeitszeitkonten, Reorganisationsmaßnahmen zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit, Zugeständnisse bei Löhnen und Leistungsstandards. Damit konnten Kündigungen bei den Kernbelegschaften vermieden werden; die Entlassungen konzentrierten sich auf die befristet Beschäftigten und die LeiharbeiterInnen.

Für die Kernbelegschaften erschien diese Politik erfolgreich. Die Gewerkschaft schien an Stärke gewonnen zu haben.

Unter der Losung »Sichere Jobs, faire Löhne und gute Perspektiven« führte die IGM eine aktive Tarifrunde 2012. Da neben der Lohnforderung auch das Thema Leiharbeit und Übernahme nach der Ausbildung eine Rolle spielte, konnten Leiharbeiter und Azubis in die Auseinandersetzung einbezogen werden. Mit einer Tariferhöhung von 4,3% wurde ein Abschluss erreicht, wie es ihn zuletzt 1992 gegeben hatte (5,4%). Leiharbeiter erhalten mehr Geld, wenn sie in der Metall- und Elektroindustrie arbeiten. Azubis werden übernommen, allerdings mit vielen Hintertürchen für die Unternehmen. Die Metallindustrie kann mit dem Deal trotzdem gut leben - sie hat sich in vielen wichtigen Punkten

durchgesetzt. Die Unternehmen zahlen also mehr - und haben sich im Gegenzug noch mehr Flexibilität der Arbeitskraft eingehandelt.

Trotzdem: Krisenmanagement und Tarifrunde haben das Ansehen der IGM gesteigert; sie kann seit langem wieder einen spürbaren Mitgliederzuwachs, v.a. unter Jugendlichen, verzeichnen.

Diese Politik führt aber auch zu Spannungen mit den anderen europäischen Gewerkschaften, weil die IGM als „Juniorpartner“ in die Exportoffensive und die Hegemonialpolitik Merkels eingebunden ist und die überfällige Europäisierung der Gewerkschaftspolitik behindert; nach Innen führt sie zu wachsender Entfremdung, Distanz und Entsolidarisierung zwischen den Kernbelegschaften und dem wachsenden Teil prekär Beschäftigter,

Hans Jürgen Urban (IGM-Vorstandsmitglied) spricht von einem »Krisenkorporatismus«²⁶, mit dem die IGM bei der Wahrung der Interessen der Stammbeschaften zweifelsohne relativ erfolgreich war. Eine weitere Prekarisierung konnte sie jedoch nicht verhindern.

Nach einer Betriebsräte-Umfrage der IG Metall waren von den Neueinstellungen „nach der Krise“ 45% befristet, 40% LeiharbeiterInnen und nur 5% unbefristet.

Die IGM befindet sich damit in einer äußerst widersprüchlichen Konstellation. Auf der einen Seite dieser »Wettbewerbs- und Krisenkorporatismus«, auf der anderen äußert sie Kritik an den Verhältnissen, am Finanzmarktkapitalismus, am Krisenmanagement zur Rettung der Banken und startet Kampagnen gegen Leiharbeit und „Gemeinsam für ein gutes Leben“.



Gerade die Kampagne „Gemeinsam für ein gutes Leben“ bietet viele Ansatzpunkte für die Entwicklung antikapitalistischer Positionen.²⁷

Die IGM kann sich bei ihrer Politik auf hochorganisierte Belegschaften und starke Betriebsräte, v.a. der Automobilindustrie, stützen und ist in exportstarken Unternehmen mit entsprechenden Gewinnen vertreten.²⁸

²⁶ Nicht zu verwechseln mit »Sozialpartnerschaft«. Die Sozialpartnerschaft ging noch von einem Gleichgewicht von Kapital und Arbeit aus und konnte, gestützt auf durchsetzungsfähige Gewerkschaften, die Interessen der Beschäftigten auf „Augenhöhe“ ins Spiel bringen. Beim Wettbewerbs- und Krisenkorporatismus unterwerfen sich die Gewerkschaften dem Primat der Konkurrenzfähigkeit, d.h. den Interessen des Kapitals. Wenn sich die Beschäftigten diesen Ansprüchen unterwerfen, dann wird für sie das Schlimmste verhindert. Möglicherweise.

²⁷ In „Der Weg aus der Krise- Politische Thesen“, heißt es dazu: „Es geht nicht nur um Korrekturen der durch den neoliberalen Kapitalismus hervorgerufenen Zerstörungen, sondern um „das ganz Andere“: anders arbeiten - anders leben - ein anderes Verhältnis der Menschen zueinander und zur Natur. Das aber bedeutet: Ein „gutes Leben“ kann es nur in einer anderen Gesellschaft mit einer anderen Produktionsweise geben. Es geht um eine Alternative zum Kapitalismus, um eine Gesellschaft, in der die Menschen ohne Angst leben können: Der Mensch geht vor Profit! Dazu muss zunächst die Macht des Kapitals eingedämmt, zurückgedrängt und letztlich – in einem revolutionären Prozess – gebrochen und überwunden werden.“

²⁸ siehe dazu „Der Weg aus der Krise- Politische Thesen“, Abschnitt „Arbeiterklasse in der Krise“, insb. These 6 und These 8

http://www.kommunisten.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=1234:arbeiterklasse-in-der-krise&catid=100:politische-thesen&Itemid=237

ver.di

Ganz anders ist die Situation für ver.di. Im stark fragmentierten Dienstleistungsbereichen ist der Anteil prekär Beschäftigter und Niedriglöhner besonders hoch, der Organisationsgrad ist oft sehr niedrig. Die Konkurrenz der Unternehmen wird über Lohndrückerei geführt.



Der öffentliche Dienst steht unter dem Druck der Verschuldung der öffentlichen Hand und der Privatisierung.

Verdi verfolgt aus naheliegenden Gründen eine Strategie zur Stärkung des Binnenmarktes und lehnt Lohnverzicht ab. Andererseits kann sie ihre Lohnforderungen auf Grund des geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrades in vielen Bereichen bzw. des öffentlichen Drucks wegen der öffentlichen Verschuldung nicht durchsetzen. Die organisatorische Schwäche von ver.di macht eine Konzentration auf das „Kerngeschäft“ wie bei der IGM unmöglich.



Vor diesem Hintergrund ist ver.di treibende Kraft beim Thema Mindestlohn,; ver.di beteiligt sich– im Unterschied zur IGM - an gesellschaftlichen Bündnissen und Bewegungen (wie z.B. UmFairTeilen, gegen die Privatisierung des Wassers); dies aber mit relativ geringer Mobilisierungskraft.



Mit ihrer Position zur Eurokrise stößt sie auf den Widerstand von IGM und IG BCE.

Aber auch für ver.di gilt: Während die Neoliberalen strategisch denken und agieren, haben die Gewerkschaften und die anderen oppositionellen Kräfte in den meisten Fällen auf die Strategie der Neoliberalen nur reagiert, haben nur Vorschläge zur Korrektur neoliberaler Politik, klagten diese an oder engagieren sich zur Abmilderung neoliberaler Politik, ohne zumindest die Konturen einer gesellschaftlichen und politischen Alternative zum Kapitalismus zu entwerfen. Immer noch sind Illusionen verbreitet, zum Sozialstaat der 70er Jahre zurückkehren zu können, obwohl die Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise diesem Regulationsmodell längst den Boden entzogen hat.

Wo sind Ansatzpunkte:



1.

Die Gewerkschaften – v.a. IGM - haben mit Kurzarbeit, Abwrackprämie, Arbeitszeitkonten ein Krisenmanagement betrieben, das Massenentlassungen der Kernbelegschaften vermieden und die Arbeitsplatzrisiken auf die "Randbelegschaften" - befristet Beschäftigte, LeiharbeiterInnen, Werksverträge, .. - verlagert hat.

Wir haben das Alles zu Recht kritisiert.

Aber wie ist die Erfahrung der Kolleginnen und Kollegen?

Die Erfahrung lehrt die KollegInnen: Lohnverzicht sichert meinen Arbeitsplatz, weil es die Wettbewerbsfähigkeit "meines" Unternehmens steigert.

Dann kommt noch hinzu, dass 2012 beachtliche Sonderprämien bezahlt wurden:

- 8.000,- Euro Erfolgsprämie bei den 4.500 tariflich Beschäftigten bei Audi;
- BMW bezahlte 5.840,- Euro,
- VW 7.500,- Euro an seine 90.000 tariflich Beschäftigten,
- Porsche 7.600,- Euro an 8.500 tariflich Beschäftigten,
- Mercedes 4.100,- Euro Prämie an seine tariflich Beschäftigten.

Verallgemeinert heißt die verheerende Botschaft:

- die unterdurchschnittliche Reallohnentwicklung der letzten 10 - 15 Jahre in Deutschland,
- die Agenda-Politik der "Lohnnebenkosten"senkungen,

das hat die Exportstärke der deutschen Wirtschaft begründet, den Krisenverlauf gedämpft, letztlich die Arbeitsplätze in der Krise gesichert.

Obwohl es genau umgekehrt ist: Lohnverzicht und Sozialabbau hier, die Überschwemmung aller Weltmärkte mit in Deutschland produzierten Waren bringt die Wirtschaft anderer Länder unter Druck und produziert dort Rezession, Arbeitslosigkeit und Haushaltskrisen. Je mehr es wie Deutschland machen, desto größer wird der Druck auf Löhne, Sozialstandards, etc.

Die extreme Exportorientierung der bundesdeutschen Wirtschaft spaltet nicht nur Europa, sondern auch die eigene Gesellschaft, verhindert eine Lösung der Krise und verschlechtert die Bedingungen für eine solidarische Politik und Entwicklung.

Ist die Auffassung, durch Lohnverzicht Arbeitsplätze zu sichern, "falsches" Bewusstsein? Ist es das "richtige" Bewusstsein im "falschen"? Auf jeden Fall versuchen die KollegInnen ihre

Erfahrungen "weltanschaulich" zu verarbeiten. Und - sie haben für ihre Auffassungen einen realen Anknüpfungs- und Erfahrungspunkt.

Deswegen sind sie auch mit noch so viel Materialien und Parolen - mit noch so viel "Aufklärung" - nicht aus den Köpfen der KollegInnen zu vertreiben - von Ausnahmen abgesehen. Die Kollegin, der Kollege denkt sich seinen Teil, wählt die Standortsicherer und wird, wenn es eng wird, denen folgen, die die Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnverzicht sichern wollen (siehe die hohen Zustimmungswerte für Angela Merkel). Vielleicht sogar mit dem Wissen, Tarifverträge noch weiter zu schwächen und dem Gesamtanliegen zu schaden. Denn welche Alternative hätte er für seine persönliche Perspektive?

Was würde ihm die Einsicht für sein persönliches Leben nützen?

Werner Sauerborn (verdi): *"Was nutzt einer Belegschaft, deren Standort verlagert werden soll, oder denen die Löhne mit Verweis auf die globale Wettbewerbsfähigkeit gekürzt werden sollen, die Erkenntnis, dass Neoliberalismus die Ideologie der Gegenseite ist und höhere Löhne volkswirtschaftlich besser wären? Ihr wäre besser geholfen, wenn sie mit ihrer Gewerkschaft der neuen Mächtigkeit des Kapitals nicht nur ideologisch, sondern auch machtpolitisch etwas entgegensetzen könnte."*²⁹

Es geht also nicht nur um die Entlarvung und ideologische Bekämpfung des Neoliberalismus, sondern auch um Antworten auf die ihm zugrunde liegenden Realitäten und ökonomischen und politischen Machtverhältnisse.

In Anlehnung an Antonio Gramsci - „Staat = .. Hegemonie, gepanzert mit Zwang“³⁰ – könnte man sagen: Aufbau von Gegenmacht = Aufbau von Gegenhegemonie verbunden mit dem Aufbau von Zwang.

Es geht also

- um Wege raus aus der Erpressbarkeit, d.h. z.B. Flächentarifverträge, die wirklich wieder die Funktion eines Flächentarifvertrags haben, nämlich die Aufhebung der Konkurrenz der ArbeiterInnen gegeneinander; und das nicht nur national, sondern grenzüberschreitend;
- um die Entwicklung realistisch erscheinender Alternativen. Dazu gehört auch der Aufbau einer gesellschaftlichen und politischen Kraft, der zugetraut wird, gemeinsam mit ihr die Veränderungen durchsetzen zu können.

Da sollten wir prüfen, was wir von den Entwicklungen in Lateinamerika, Spanien, Frankreich oder Griechenland lernen können. Haris Golemis vom Nicos Poulantzas Institut (Athen) z.B. schreibt: *„Der Erfolg der radikalen Linken bei den Wahlen [war] keine lineare Funktion der schlechten wirtschaftlichen Lage. .. Der unerwartet hohe Prozentsatz der radikalen Linken bei den Wahlen kann großteils ihren guten Strategien als politische Partei zugeschrieben werden.“*³¹

- darum, den Ansatz der mit der Kurzarbeit verbunden war - "Arbeitszeitverkürzung

²⁹ Werner Sauerborn, Wirtschaftskrise - und die Gewerkschaften?, Sozialismus, 2/2009

³⁰ Gefängnishefte, Band 4, Heft 6, §88, S.783

³¹ transform newsletter 04a/2012

sichert Arbeitsplätze“ - zu nutzen, um eine gesellschaftliche Kampagne für die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit zu starten.

- Es geht darum, den Konflikt in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aufzulösen zwischen der Strömung, die eine Rückzugs-Strategie der „Renationalisierung der Politik“ verfolgt, und der Strömung, die eine Vorwärts-Strategie der Europäisierung der sozialen Kämpfe vertritt.

Nur durch „europäisch koordinierte Streikbewegungen von ganz anderer Dimension als die bisherigen europäischen Aktionstage und nationalen Streiks“ kann ein Richtungswechsel erkämpft werden. Erforderlich ist ein „quantitativer und qualitativer Sprung in der eigenen Politik und der Mobilisierung in Europa“, sagt Vasco Pedrina, Vize-Präsident der Bau- und Holzarbeiter-Internationale.³² Und er sieht nur noch ein kurzes Zeitfenster, in dem dieser Sprung geschafft werden muss, denn Sparprogramme, Euro- und Fiskalpakt werden die Ungleichgewichte und sozialen wie politischen Spannungen innerhalb und zwischen den Ländern sowie zwischen den „Gewerkschaftsbünden des Nordens und des Südens Europas und zwischen den Gewerkschaftsbünden innerhalb der einzelnen Länder“ so verstärken, dass die politische Lähmung der Gewerkschaften droht.

Die aktuelle Entwicklung bei Opel ist dann nur ein Vorgeschmack auf künftige Entwicklungen

2.

Allein in der europäischen Automobilindustrie besteht gegenwärtig eine Überkapazität von mindestens 12 Fabriken. Wie der Fiat-Chef Marchionne sagte: Es wird ein „Blutbad“ in der europäischen Automobilindustrie geben.

Wann? Wo? Welche Fabriken?

Auch dieses Beispiel zeigt: eine nationale Lösung ist unmöglich. Wir brauchen den Widerstand und den Kampf um Alternativen vor Ort, der aber europaweit koordiniert sein muss.

An dieser Krise wird aber auch deutlich, dass die klassische „Anti-Krisenpolitik“, mit Konjunkturprogrammen die Produktion und Wachstum anzukurbeln, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, nicht mehr funktioniert.

Sie funktioniert auch deshalb nicht, weil dieses Wachstum die Geschwindigkeit mit der wir auf die Klimakatastrophe zusteuern beschleunigt und den Raubbau an Ressourcen forciert. Entgegen dem Ziel, den Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid zu reduzieren, ist der CO₂-Ausstoß im Jahr 2011 auf ein Rekordhoch angestiegen.

Die Frage nach der Sicherung von Arbeitsplätzen muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Welche Arbeit brauchen wir, um vernünftig leben zu können?

Das beinhaltet auch die Frage: Wer entscheidet, was, wo, wie und unter welchen Bedingungen produziert wird?

³² Sozialismus 7-8/2011; Sozialismus 5/2012

Die soziale Frage - die Frage der Gerechtigkeit - ist untrennbar mit der ökologischen Frage verbunden; die Sicherung und die Schaffung von Arbeitsplätzen untrennbar von der des sozial-ökologischen Umbaus der Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle.

3.

Wenn wir davon ausgehen, dass alle Menschen auf der Welt die gleichen Rechte haben, dann ist klar, dass der europäische Lebensstil ist nicht für die gesamte Menschheit verallgemeinerbar ist; dann ist die gegenwärtige Krise in Europa auch als eine Krise der kapitalistischen Produktions- und Konsumtionsweise, und damit auch der kapitalistischen Lebensform, zu verstehen. Dann liegt die – ungelöste – Herausforderung darin, den legitimen Kampf um die Verteidigung des Lebensstandards und der sozialstaatlichen Absicherung mit der kulturellen und psychologischen Anpassung der arbeitenden Klasse an die veränderten globalen Realitäten zu verbinden. Solange die Linke dafür keine Übergangsstrategien entwickelt, wird sie gegenüber den konservativen und rechten Kräften im Hintertreffen bleiben.

4.

Die Gewerkschaften können sicher nicht alle Aspekte der gegenwärtigen multiplen Krise-Überproduktion, Finanzkrise, Energiekrise, Klimakrise, Hungerkrise, Krise der Demokratie, .. – bearbeiten. Aber sie brauchen ein Verständnis vom Charakter der gegenwärtigen Krise als einer »organischen Krise« des neoliberalen Kapitalismus (andere Bezeichnungen: systemische Krise des Finanzmarktkapitalismus, multiple Krise, Große Krise, Übergangskrise), um eine Strategie zu entwickeln, die die Solidarität – im Betrieb und auf europäischer Ebene – fördert, betriebliche Verankerung mit gesellschaftlichen Bündnissen verbindet und so zum Aufbau einer Widerstandsfront gegen die Sparpolitik beiträgt.

Dann würde auch der 14. November keine Eintagsfliege bleiben, u.v.a. die deutschen Gewerkschaften wären mit dabei.